

Der Unermüdliche unterliegt erneut

Christian Stricker kämpft ein zweites Mal für das Thurgauer Tanzverbot. Unterstützung bekommt er nur von der SVP.

Stefan Marolf

Eines muss man EVP-Kantonsrat Christian Stricker (Oberaach) lassen: Er lässt sich nicht unterkriegen. Als sich der Grosse Rat im Dezember für eine Lockerung des Tanzverbots aussprach, wehrte sich Stricker zum ersten Mal: Er wollte Veranstaltungen in Innenräumen mit höchstens 500 Personen nicht an allen fünf hohen Feiertagen zulassen, sondern nur am Bettag. Er fand keine Mehrheit, das Tanzverbot war vermeintlich erledigt.

Am Mittwoch hat Christian Stricker einen zweiten Anlauf gewagt. «Die Feiertage sind wichtig als Ruheinseln», sagt er an der ersten Grossratsitzung des neuen Jahres. «Ihnen gilt es, Sorge zu tragen.»

Stricker beantragt, die Sonderregel für Indoor-Veranstaltungen mit begrenzter Besucherzahl aus der Gesetzesrevision zu streichen. Stattdessen sollten die Gemeinden das Recht erhalten, Veranstaltungen an Weihnachten, Ostern oder Pfingsten nach eigenem Gutdünken zu bewilligen, «wenn sie den hohen Feiertag nicht stören».

Willkür, Rechtsstreitigkeiten und Mehraufwand

Damit stösst Stricker auf viel Widerstand. Die Weinfelder Grünen-Kantonsrätin Cornelia Hau-



Sein Blick spricht Bände: Christian Stricker scheitert zum zweiten Mal mit einem Antrag zum Tanzverbot.

Bild: Andrea Tina Stalder

ser sagt: «Der Antrag läuft allem zuwider, was Auftrag des Grossen Rats sein sollte.» Statt den Vollzug des Gesetzes zu vereinfachen, würde Strickers Anliegen Mehraufwand und möglicherweise eine Zunahme an

Rechtsstreitigkeiten verursachen.

Deutliche Worte richtet auch der Weinfelder SP-Kantonsrat Kenny Greber an Christian Stricker: «Was Sie fordern, ist Willkür. Ihr Antrag provoziert Kon-

flikte und öffnet Tür und Tor für uneinheitliche Entscheide.»

Nach Strickers Regel müsste künftig jede Gemeinde selbst entscheiden, welche Veranstaltungen störend für hohe Feiertage seien, sagt auch FDP-Kan-

tonsrätin Manuela Fritschi (Häuslenen): «Die Gemeinden würden eine Grundlage erhalten, die es kaum zulässt, richtig zu entscheiden.»

Die schwierige Abwägung könnte gar mit Bundesgerichts-

urteilen enden, befürchtet GLP-Fraktionschef Reto Ammann, der sagt: «Ich sehe Ihren Vorschlag als klaren Bumerang, Kollege Stricker.»

Was die Gemeinden bräuchten, seien messbare und objektive Kriterien, sagt Marc Rüdüsli (Mitte, Sirnach). Im Kanton St. Gallen seien begrenzte Indoor-Veranstaltungen an hohen Feiertagen seit mehr als zwanzig Jahren erlaubt – «deswegen sind in St. Gallen nicht die letzten Ruheinseln verschwunden.»

Die SVP unterstützt Stricker – vergeblich

Unterstützung bekommt Christian Stricker nur von der SVP: Präsident Ruedi Zbinden (Mettlen) sagt: «Wir unterstützen den Antrag, um unseren Ruhetagen den nötigen Wert einzuräumen.» Nützt am Ende nichts: Das Parlament lehnt den Vorschlag mit 86 Nein- zu 31 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen ab, Christian Stricker muss erneut eine Niederlage einstecken.

Der Grosse Rat bleibt damit bei seinem Entschluss aus der ersten Lesung: Er lockert das Ruhetagsgesetz so, dass neu auch am Karfreitag, Ostersonntag, Pfingstsonntag, am Bettag und am Weihnachtstag Veranstaltungen mit maximal 500 Personen in Innenräumen erlaubt sind. Die Schlussabstimmung folgt an der nächsten Ratssitzung am 5. Februar.

Bundesgericht überrollt Anliegen

Sanierung Peter Dransfeld (GP, Ermatingen) und weitere acht Motionäre wollten, dass auch umfassende bauliche Sanierungen von den Steuern abgezogen werden dürfen. Sie wollten damit eine Ungerechtigkeit aus dem Weg schaffen. Das Bundesgericht hat jedoch in der Zwischenschicht entschieden, dass die konsequente Sanierung steuerlich belohnt werden soll. Damit ist das Anliegen der Motion obsolet. «Es ist gut herausgekommen», sagt Peter Dransfeld. «Wohl nicht wegen uns, aber in unserem Sinne. Es besteht kein weiterer Handlungsbedarf.» Die Motion habe rekordverdächtig über 100 Unterschriften eingeholt. Genau so einig ist man sich nun, das Geschäft abzuschreiben. Mit 104 Ja-bei keiner Nein-Stimme und keiner Enthaltung wird das Geschäft abgeschlossen und ist vom Tisch. (sba)

Kleine Parteien wollen gerechtere Wahlen

Eine Motion will eine Standesinitiative, die ein anderes Wahlsystem bei Nationalratswahlen fordert. Mit dem Doppelproporzsystem würden vor allem kleinere Parteien profitieren.

Sabrina Bächli

«Wer bei Nationalratswahlen eine kleinere Partei wählt, kann sich das Abstimmen gleich schenken.» GLP-Parteipräsident Stefan Leuthold (Frauenfeld) findet in seinem Votum zum Wahlvorgang bei Nationalratswahlen deutliche Worte. Er ist einer der Motionäre, die den Regierungsrat beauftragen wollen, eine Standesinitiative nach Bern zu schicken, um für «gerechtere Wahlen» zu sorgen. Erreichen will man dies mit einem anderen Wahlsystem, dem Doppelproporzsystem.

Die Lager in dieser Frage sind klar geteilt: die grossen gegen die kleinen Parteien. Das Hauptargument der Motionäre

gegen das jetzige Wahlsystem ist denn auch, dass kleinere Parteien fast keine Chance haben und rund 20 Prozent der Stimmen verloren gehen, weil sie auf Parteien entfallen, die keinen Sitz sichern können. Zudem seien die Listenverbindungen für das Stimmvolk nicht transparent.

Ein neues Wahlsystem ist in Bern schon Thema

Ins gleiche Horn wie die GLP blasen Vertreterinnen und Vertreter von EDU, EVP und GP. «Es geht um die Stärkung des Wahlrechts, um Fairness und um die Vertretung der verlorenen Stimmen», sagt EDU-Parteipräsident Christian Mader (Frauenfeld). Grüne-Fraktionspräsidentin Sandra Reinhart

(Amriswil) sagt: «Für Wählerinnen und Wähler ist ein klares System wünschenswert.»

Der Regierungsrat hält in seiner Beantwortung entgegen, dass sich die staatspolitische Kommission des Nationalrates bereits des Themas der Listenverbindungen und eines neuen Wahlsystems angenommen habe. «Inhaltlich hat die Regierung Verständnis für die Motion», sagt Regierungspräsident Walter Schönholzer. Das Anliegen sei aber schon in Bern angekommen. «Dass die Einreichung der Standesinitiative obsolet ist, sehen wir nicht so. Es ist nötig, weiteren Druck auszuüben», sagt EVP-Kantonsrätin Elisabeth Rickenbach (Thundorf). «Nicht ganz uneigennüt-

zig», wie Kantonsrat Ulrich Graf (Häuslenen) zugibt, lehnt die SVP-Fraktion die Motion ab. «Wir sollten uns um wichtigere Angelegenheiten kümmern.» Auch die SP will die Motion nicht unterstützen. «Der Leidensdruck hält sich in Grenzen», sagt Felix Meier (Romanshorn). Ebenso lehnen die FDP und die Mitte die Motion ab und unterstützen die Haltung der Regierung. FDP-Parteipräsident Gabriel Macedo hält fest: «Eine Standesinitiative verursacht nur Doppelspurigkeit.»

Am Ende erhält die Motion nur 31 Ja-Stimmen, 87 Ratsmitglieder stimmen dagegen. Die Motion wird somit für nicht erheblich erklärt und es geht keine Standesinitiative nach Bern.

Gsaat isch gsaat

«Wer fünf gesetzlich verordnete Feiertage braucht, um zur Ruhe zu kommen, sollte seine Lebensweise überdenken.»

Cornelia Hauser (Grüne, Weinfelden) zum Tanzverbot.

«Enthaltung ist doch keine Haltung.»

Regierungspräsident Walter Schönholzer will von der GLP einen Entscheid zum Ruhetagsgesetz.

«Geschätzte Mitglieder der Regierung – sind zwar auch nicht mehr viele hier.»

Bernhard Braun (Grüne, Eschlikon) vermisst sein Publikum.

«Wenn der Wein Zapfen hat, taugen auch neue Schläuche nicht.»

Kenny Greber (SP, Weinfelden) kritisiert Christian Strickers zweiten Versuch, das Tanzverbot zu retten. (ste, hs)

ANZEIGE

Mit Schwung ins Immobilienjahr

Die Tage werden länger und das neue Jahr lädt zu einem Neuanfang ein. Für viele ist dies die ideale Zeit, um Pläne zu schmieden und Altes zu überdenken – auch in der Immobilienwelt. Für Immobilieneigentümerinnen und -eigentümer, die über einen Verkauf nachdenken, bietet der Jah-

resanfang den optimalen Zeitpunkt, erste Schritte für einen erfolgreichen Verkauf einzuleiten, noch bevor der Frühling die perfekte Bühne für Besichtigungen bietet. Erste Gespräche mit einer erfahrenen Fachperson helfen, den Wert der Immobilie realistisch einzuschätzen, eine passende Verkaufsstrategie zu entwickeln und wichtige administrative Details rechtzeitig zu klären. Der Abschied von einem Zuhause fällt oft

nicht einfach. Doch mit professioneller, lokaler Unterstützung kann dieser Prozess erleichtert werden – und der Schritt in einen neuen Lebensabschnitt wird zur Chance. Wer sich jetzt gut vorbereitet, ist bereit, wenn die ersten Blumen spriessen und potenzielle Käuferinnen und Käufer aktiv werden – die besten Voraussetzungen für einen erfolgreichen Verkauf im Frühling und Sommer.



FLEISCHMANN
Immobilien

Matthias Fleischmann
Inhaber | Geschäftsführer

+41 71 626 51 51
info@fleischmann.ch
fleischmann.ch

